

Niedriglöhne verschärfen die Ungleichheit

Die Ungleichheit bei den Einkommen hat einen neuen Höchststand erreicht. Arme Haushalte rutschen noch tiefer unter die Armutsgrenze.

Die Kluft zwischen den Einkommensschichten hat sich in Deutschland weiter vergrößert, die Ungleichheit befindet sich trotz der guten wirtschaftlichen Entwicklung auf Rekordniveau. Das zeigt der neue Verteilungsbericht des WSI. Der Analyse von WSI-Expertin Dorothee Spannagel zufolge konnten Haushalte mit hohen Einkommen ihren Vorsprung dank steigender Kapitalerträge ausbauen, während die Haushalte am unteren Ende der Einkommensverteilung auch gegenüber der Mitte weiter zurückgefallen sind. Dass vier Zehntel der Bevölkerung vom langen Aufschwung nur wenig haben, gefährde das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft, warnt die Forscherin. Um dem etwas entgegenzusetzen, empfiehlt sie unter anderem, die Tarifbindung im Niedriglohnsektor zu stärken und die Steuern auf Spitzeneinkommen zu erhöhen.

Der Verteilungsbericht beruht auf den aktuellsten Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Laut Spannagels Berechnungen lag der Gini-Koeffizient, der den Grad der Ungleichheit auf einer Skala von 0 bis 1 misst, Ende 2016 bei 0,295. Das entspricht einer Steigerung um 19 Prozent seit Ende der 1990er-Jahre und 2 Prozent seit 2005, dem Jahr, in dem die Ungleichheit einen vorläufigen Höhepunkt erreicht hatte. Während einige Ökonomen zu dem Fazit kommen, die Ungleichheit sei seit 2005 stabil geblieben oder sogar leicht gesunken, macht der WSI-Verteilungsbericht deutlich, dass es sich dabei lediglich um eine Momentaufnahme gehandelt hat. Der leichte Rückgang im Jahr 2009 beruhte demnach wesentlich darauf, dass die Kapitaleinkommen in der Finanzkrise kurzfristig einbrachen. Seit 2011 nimmt der Gini-Wert aber wieder zu. Dabei entwickeln sich die Einkommen in Ostdeutschland deutlich schneller auseinander als im Westen. Noch ist die Spreizung in den neuen Ländern allerdings geringer als in den alten.

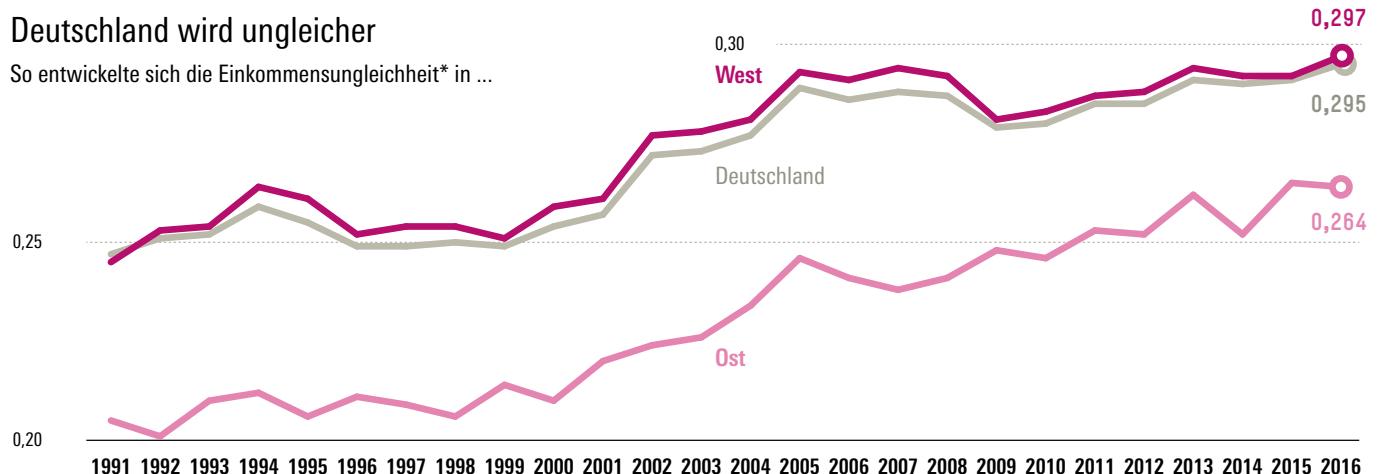
Dass die Ungleichheit zunimmt, belegt auch der Blick auf zwei weitere Verteilungsmaße. Der Palma-Index vergleicht den Anteil des obersten Zehntels der Einkommenspyramide am gesamten Einkommen mit dem der unteren 40 Prozent. Dadurch reagiert er besonders sensibel auf Veränderungen am oberen Ende der Verteilung. Dagegen ist der Theil-Index ein feiner Indikator für Entwicklungen in den „unteren“ Gruppen, die ein niedriges Einkommen haben. An beiden Indizes lässt sich seit 2005 ein ganz ähnlicher Trend ablesen wie beim Gini-Koeffizienten: Nach einem Rückgang Ende des vergangenen Jahrzehnts sind sie wieder angestiegen. Die Veränderungen „fallen jedoch ausgeprägter aus – ein Hinweis darauf, dass es die Ränder sind, an denen die entscheidenden Entwicklungen stattfinden“, schreibt WSI-Forscherin Spannagel.

Die Armen werden abgehängt

Der Untersuchung zufolge haben die oberen Einkommensgruppen in den vergangenen Jahren von sprudelnden Kapital- und Unternehmenseinkommen profitiert und dadurch die große Mehrheit der Haushalte deutlich hinter sich gelassen. Gleichzeitig ist der Anteil der Haushalte, die weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens zur Verfügung haben und damit nach gängiger Definition als arm gelten, gewachsen – von 14,2 Prozent 2010 auf 16,7 Prozent 2016. Auch die sogenannte „Armutslücke“ hat sich vergrößert. Sie zeigt an, welches jährliche Einkommen einem durchschnittlichen armen Haushalt fehlt, um es über die Armutsschwelle von 60 Prozent zu schaffen. Inflationsbereinigt hat sich dieser Fehlbetrag von 2005 bis 2011 von 2873 auf 2673 Euro verringert, seitdem ist wieder angestiegen, bis 2016 um 29 Prozent auf 3452 Euro. Das hat Spannagel zufolge auch damit zu tun, dass im aktuellen Aufschwung – anders

Deutschland wird ungleicher

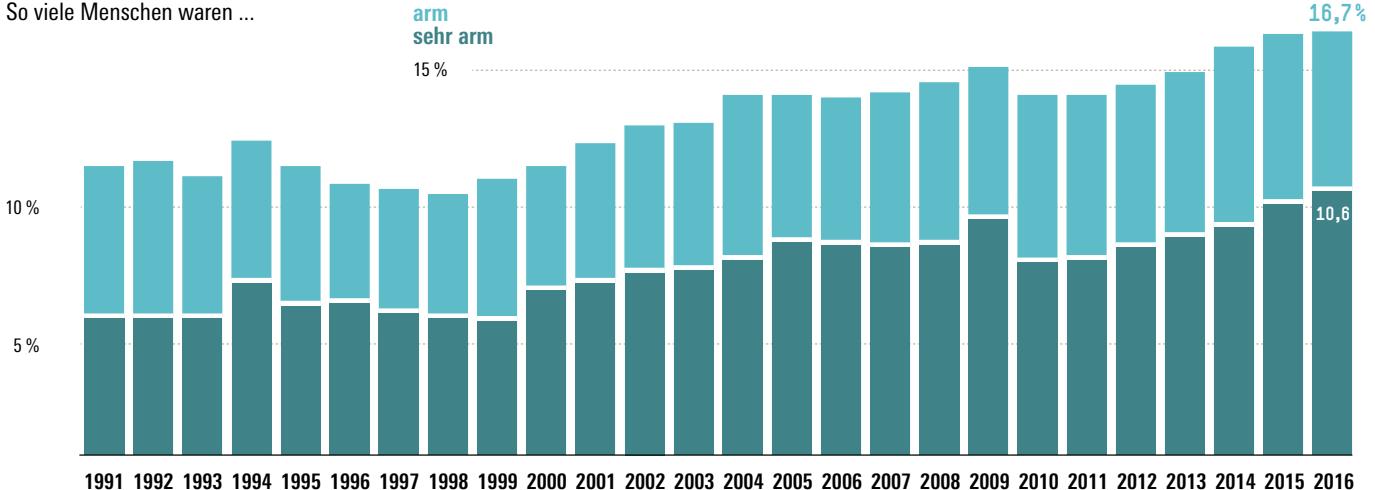
So entwickelte sich die Einkommensungleichheit* in ...



*Gini-Koeffizient: Je höher der Gini-Koeffizient, desto ungleicher die Verteilung. Der größtmögliche Wert ist 1.
Quelle: WSI 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1634

Die Armut wächst

So viele Menschen waren ...



Arm: Haushalte mit weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens; sehr arm: Haushalte mit weniger als 50 Prozent des Medianeinkommens Quelle: WSI 2019 Grafik zum Download: bit.do/impuls1635

Hans Böckler
Stiftung

als in den 2000er-Jahren – nicht nur die oberen, sondern auch die mittleren Einkommen stärker zugelegt haben: Viele Haushalte in der Mitte gewannen durch steigende Löhne und mehr Beschäftigung hinzu. Ein positiver Trend, von dem im unteren Bereich der Einkommensverteilung aber wenig bis nichts ankam: Das unterste Zehntel hat zwischen 2010 und 2016 nach Abzug der Inflation sogar Einkommen verloren. In den drei Zehnteln darüber waren die Zuwächse unterdurchschnittlich.

Kein Grund zur Entwarnung

„Die aktuellen Daten zeigen, dass all jene Politiker und Ökonomen falsch liegen, die Entwarnung geben wollten, weil sich der rasante Anstieg der Einkommenspreizung nach 2005 zunächst nicht fortgesetzt hat“, so Spannagel. „Richtig ist: Die Ungleichheit wächst aktuell langsamer, und die Entwicklung unterminiert nicht mehr so stark die Position der Haushalte mit mittleren Einkommen wie vor anderthalb Jahrzehnten: Wer eine feste, reguläre Arbeitsstelle hat, der hat zuletzt auch nach Abzug der Inflation spürbar mehr Einkommen zur Verfügung, insbesondere, wenn sie oder er nach Tarif bezahlt wird.“ Trotz dieses positiven Trends gehe die Polarisierung weiter. „Der Niedriglohnsektor ist weiterhin sehr groß und ärmere Haushalte fallen zurück, während sich reiche weiter absetzen. Und dabei sind Deutschlands Superreiche, also Multimillionäre und Milliardäre, die vom langjährigen Boom bei Aktien und Immobilien besonders stark profitiert haben dürften, in der Statistik nur schwach erfasst. Alles in allem haben wir den risikanten Weg zu größerer Ungleichheit immer noch nicht verlassen: Ausufernde soziale Spaltungen verstärken den Verteilungskampf, reduzieren soziale und politische Teilhabe und gefährden das Funktionieren der sozialen Marktwirtschaft.“

Die Entwicklung der vergangenen Jahre mache deutlich, dass eine positive gesamtwirtschaftliche Entwicklung nicht ausreiche, um Ungleichheit und Armut zu reduzieren, resümiert die Verteilungsexpertin. Zumal, wenn politische Weichenstellungen nachwirken, die einen Anstieg der Einkommensungleichheit begünstigt haben. Dazu zählt die

Wissenschaftlerin auch die Steuerpolitik der vergangenen zwei Jahrzehnte: Während reiche Haushalte von der Senkung des Spitzensteuersatzes, der pauschalen Abgeltungssteuer oder der Reform der Erbschaftsteuer mit ihren zahlreichen Ausnahmen für Betriebsvermögen profitierten, wurden ärmere Haushalte durch höhere indirekte Steuern zusätzlich belastet.

„Wachsende Ungleichheit ist kein Schicksal“, stellt die Wissenschaftlerin fest. Die Politik habe wirksame Möglichkeiten gegenzusteuern. Zu den wichtigsten Ansätzen zählt Spannagel eine Reduzierung der Lohnungleichheit durch eine Stärkung der Tarifbindung. Ein wichtiger Beitrag, um auch im Niedriglohnsektor bessere Arbeitsbedingungen durchzusetzen, sei es, die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen zu vereinfachen. Parallel empfiehlt die Forscherin eine Erhöhung des Mindestlohns. Zudem müsse verhindert werden, dass Arbeitgeber den Mindestlohn umgehen.

Gleichzeitig sei es auch wichtig, die wachsende Konzentration der Einkommen am oberen Ende zu dämpfen, schreibt Spannagel. Dazu sollten sehr hohe Erbschaften stärker besteuert und Ausnahmen bei der Erbschaftsteuer konsequent abgebaut werden. Zudem sollte der Spitzensteuersatz der Einkommensteuer angehoben werden. Kapitalerträge müssten wieder in die Einkommenssteuer eingegliedert und somit progressiv besteuert werden. Auch eine Wiederaufnahme der Vermögenssteuer sei zu erwägen. Darüber hinaus empfiehlt sie eine deutliche Anhebung der Regelsätze im Arbeitslosengeld II, die häufig weit unter der Armutsgrenze liegen. Als wichtige Hilfe zur Selbsthilfe hätten sich zudem unbürokratische soziale Beratungs- und Hilfsangebote erwiesen, die ausgebaut werden müssten, um den realen Bedarf abdecken zu können. Dazu zählt die Expertin psychosoziale Beratung, etwa bei Schulden oder Sucht, ausreichend Deutschkurse für Migranten, aber auch passgenaue Umschulungen oder Weiterbildungen für Langzeitarbeitslose. ↪

Quelle: Dorothee Spannagel: Einkommensungleichheit steigt weiter. WSI-Verteilungsbericht 2019, WSI-Report Nr.53, Oktober 2019 Download: bit.do/impuls1623